

EDITORIAL

❖ Unter ihrem Schwerpunkt „Internationale Weichenstellungen“ fasst die *Politische Meinung* innen- und außenpolitische Einschätzungen der Wahlausgänge in Frankreich und Russland sowie des amerikanischen Wahlkampfes zusammen. Weltpolitisch wie landes- und europapolitisch bereitet der in Stimmabgaben dokumentierte Volkswille schmerhaftes Kopfzerbrechen. Das gilt auch für die Christlich-Demokratische Union insbesondere in Nordrhein-Westfalen: Es wäre zu einfach, das Desaster der Partei allein im landespolitischen Kontext zu sehen. Das Spektrum seiner Ursachen bedarf einer gründlichen Analyse in unserer Juli-/August-Ausgabe.

Einstweilen starrt Europa auf das griechische Dilemma. Hier förderten die Wahlurnen am 6. Mai den Absturz der bislang stärksten Partei, der sozialistischen PASOK, auf dreizehn Prozent und eine Zersplitterung in sieben parlamentarisch vertretene Parteien von jeweils unter zwanzig Prozent zutage – darunter extreme und extremistische Kräfte beider Lager (siehe auch Susanna Vogt, Link: www.kas.de/bulgarien/de/publications/30959/). Die meisten Wähler betrachteten ihre Stimmabgabe nicht als politisches Votum, sondern als Ausdruck mehr der Resignation als des Protestes, der Verzweiflung und Politikverachtung. Etwa achtzig Prozent der Griechen wollen den Euro als Währung erhalten, zugleich lehnt eine ähnlich hohe Prozentzahl die teilweise existenzbedrohenden Sparmaßnahmen ab, die Bedingung des Europäischen Rettungsschirmes sind. Mit dem sozialen Sprengstoff dieses Widerspruchs hat sich der Shootingstar der griechischen Politik, Alexis Tsipras, für das Linksbündnis SYRISA in den Medienhimmel und ins *Vouli ton Ellinon* („Wille der Griechen“) katapultiert, um dann eine arbeitsfähige Regierungskoalition zu sabotieren; zugleich marschierte die rechtsradikale Chrixi Avgi im Gleichschritt erstmals ins Parlament ein. Die anstehende Neuwahl der Griechen am 17. Juni ist eine zwischen Skylla und Charybdis, zwischen neuen Demagogen und alten, bislang oligarchisch herrschenden Fami-



lienclans mit ihrer abhängigen Klientel eines personell gigantisch aufgeblasenen Staatsdienstes (Neo Demokratia, PASOK).

Die Heilkraft von Revolutionen dürfte auch in Griechenland entzaubert sein, und so bleibt einzig der von der Qual später Einsicht (und Reue?) gezeichnete Gesichtsausdruck des Parteiführers der konservativen Neo Demokratia, Antonis Samas, als Andeutung eines Hoffnungszeichens: Den ersten Rettungspakt hatte er abgelehnt und innerparteiliche Konkurrenz anderer Auffassung drakonisch ausgeschlossen. So konnte die Neo Demokratia ihr Einschwenken auf den im Wortsinne notwendigen Sparkurs nicht vermitteln, sie stürzte auf 18,8 Prozent, wurde damit jedoch stärkste Partei und legte in den letzten Umfragen nach dem Beschluss der Neuwahl um etwa acht Prozent zu.

Die traditionellen Parteien müssten ihre Egoismen überwinden und sich selbst (vor allen anderen gesellschaftlichen Bereichen) am eigenen Zopf aus dem tiefen Sumpf des Clientelismus ziehen, soll Griechenland auf europäischem Kurs gehalten werden. Die Nüchternen im Lande verstehen: Brüssel ist keine ewig spendable Besatzungsmacht osmanischer Couleur, die Wohlverhalten belohnt und durch Aufstände erpressbar wäre, sondern die entscheidende Wegmarke auf der – bislang umgängen – Durststrecke zu nationaler Eigenverantwortung und gesellschaftlichem Gemeinsinn. Ein Bürgerkrieg innerhalb der Europäischen Union – auf diese Gefahr hatte die *Politische Meinung* bereits im Juni 2010 hingewiesen – wäre auch unabhängig von der Landeswährung nicht nur ein Schandfleck, sondern Brandherd und Einfallstor für einen Kontinent griechischen Namens. ♦

Rita Anna Tüpper